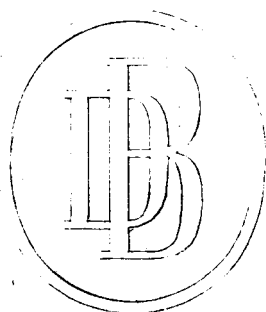


BERLINER DISCONTO BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



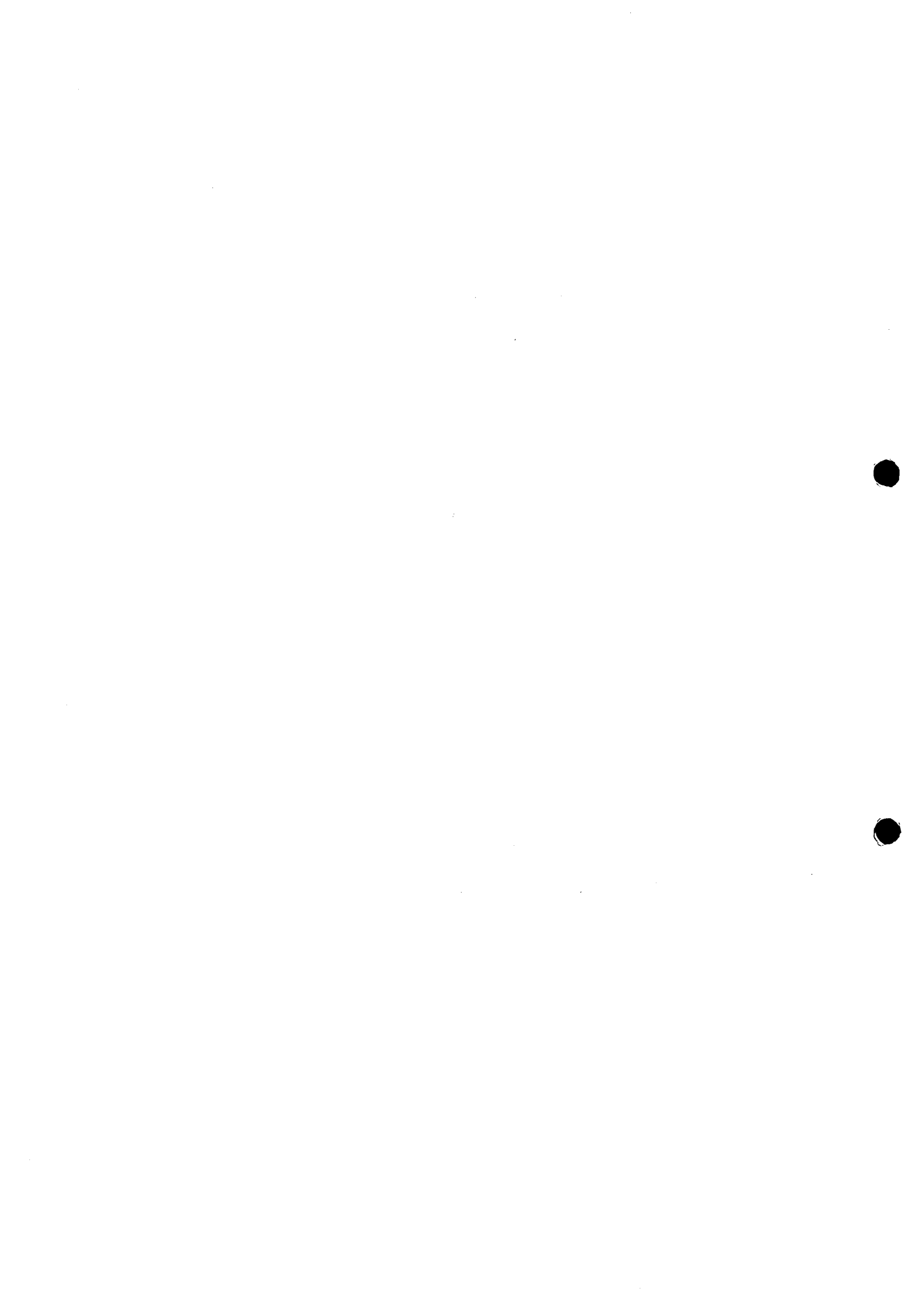
GESCHAFTSBERICHT *für das Jahr 1961*

BERLINER DISCONTO BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHAFTSBERICHT *für das Jahr 1961*



TAGESORDNUNG

für die am Mittwoch, dem 25. April 1962, 12 Uhr,

stattfindende

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

I

Vorlegung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Jahr 1961
mit dem Bericht des Aufsichtsrats

Feststellung des Jahresabschlusses

2

Beschlußfassung über die Gewinnverteilung

3

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und
des Aufsichtsrats für das Jahr 1961

4

Festsetzung der Vergütung an den Aufsichtsrat
für das Geschäftsjahr 1961

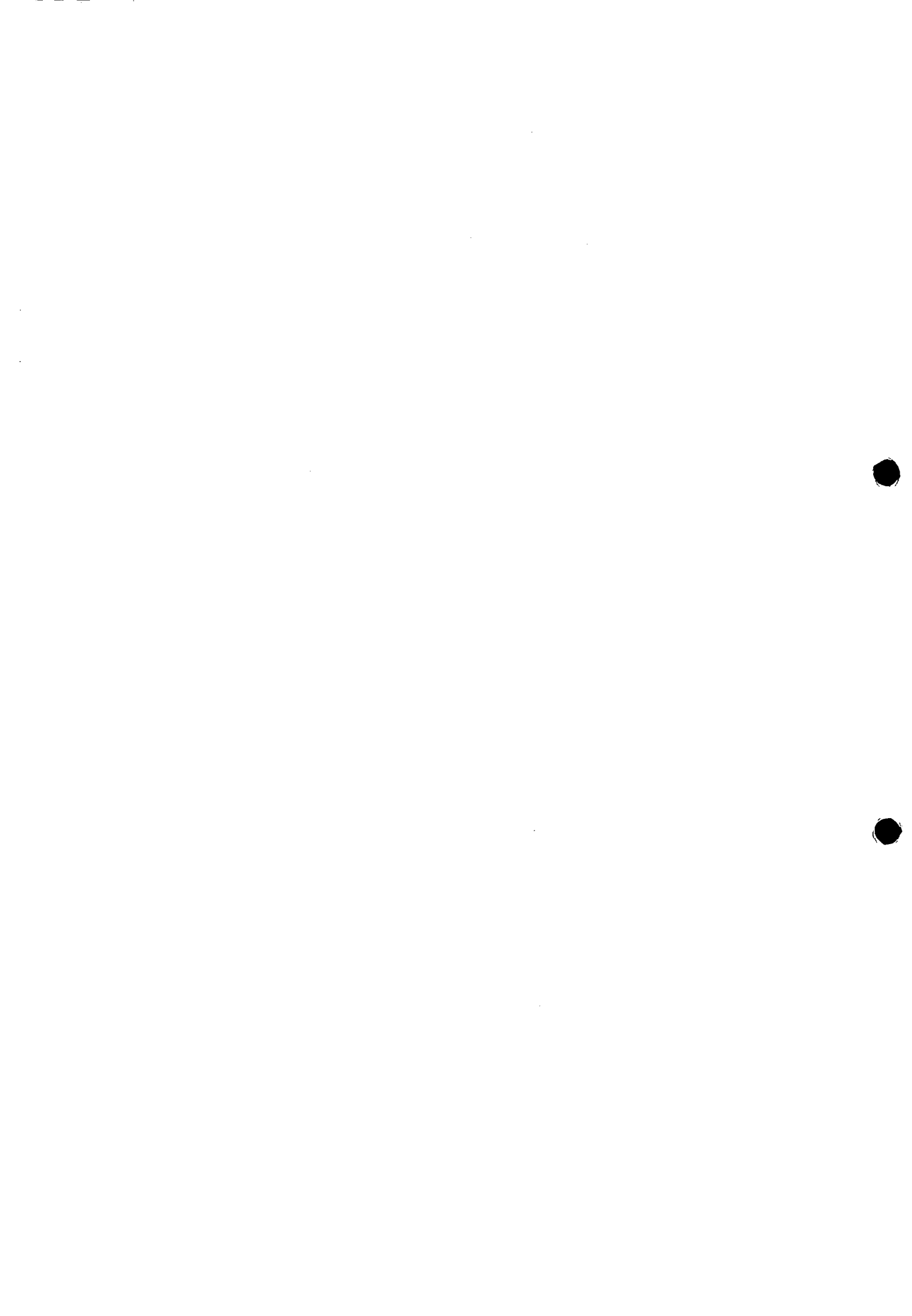
5

Wahl zum Aufsichtsrat

6

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1962

3



AUFSICHTSRAT

FRITZ GRÖNING, Düsseldorf, *Vorsitzer*

MANFRED OHEIMB VON HAUENSCHILD, Hamburg,
stellvertretender Vorsitzter

DR. WILHELM BORNER, Berlin

JULIUS FABIAN, Berlin, bis 27. 4. 1961

DR.-ING. HEINRICH FREIBERGER, München

DR. WOLFGANG GLATZEL, Düsseldorf

DR.-ING. HANS HEYNE, Berlin

CARL-OTTO ROTHWEILER, Freiburg (Breisgau)

HELMUT SPIECKER, München, seit 27. 4. 1961

Vertreter der Arbeitnehmer:

BERNHARD DREWITZ, Berlin

WALTER FRANZ, Berlin

HORST JACOBS, Berlin, bis 27. 4. 1961

WERNER KONRAD, Berlin

KURT LIEBHEIM, Berlin, seit 27. 4. 1961

VORSTAND

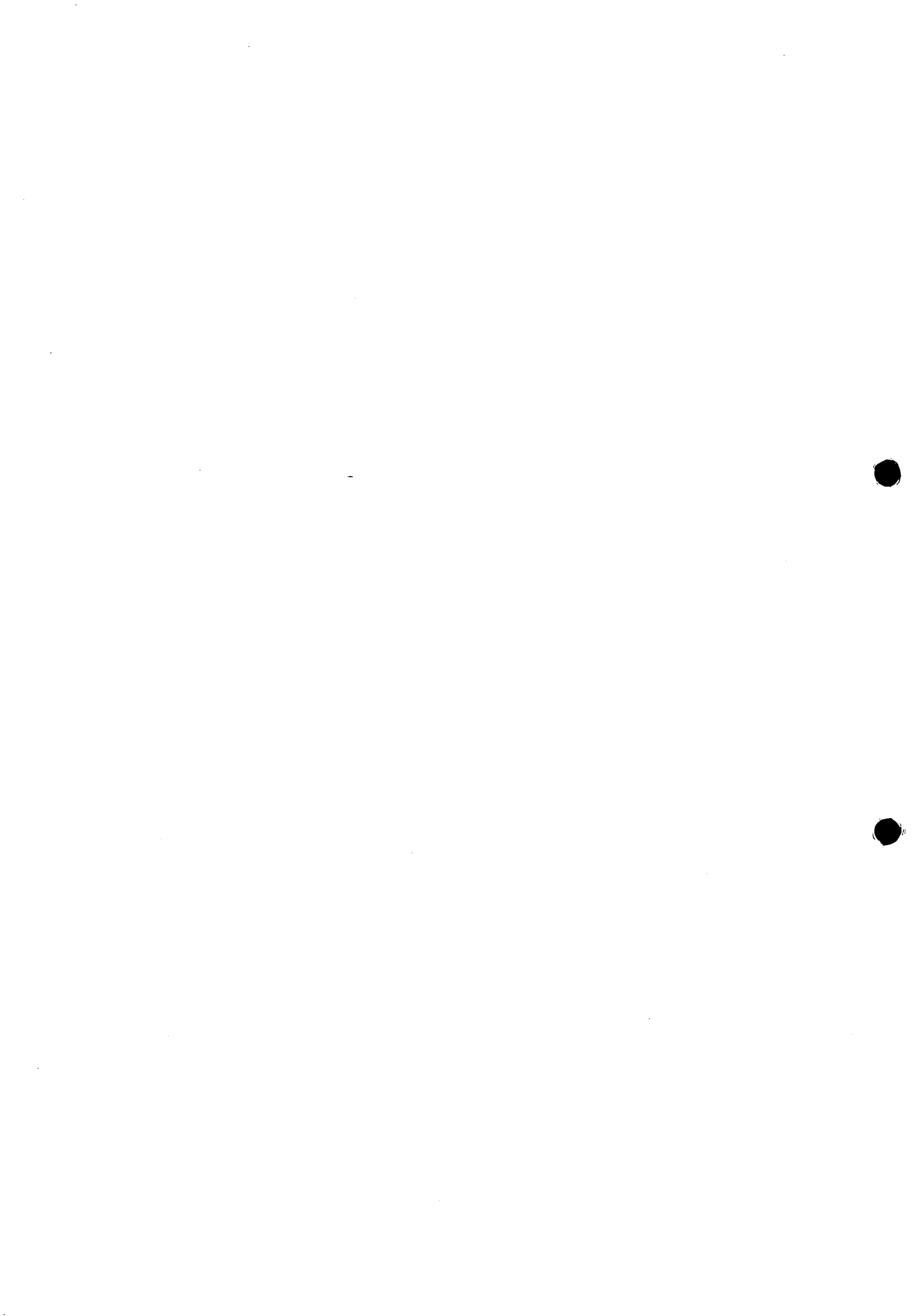
JOHANNES CHRISTIAN

HANS FUHRMANN

WERNER HENNIG

stellvertretend:

FRITZ DÖBEREINER bis 31. 12. 1961



GESCHAFTSBERICHT DES VORSTANDES

Die politischen Ereignisse des vergangenen Jahres — insbesondere des 13. August — blieben auf das *Wirtschaftsleben Westberlins* nicht ohne Einfluß. Die menschlichen Kontakte zwischen den Einwohnern der jetzt getrennten Teile Berlins wurden rücksichtslos zerrissen. Zehntausende in Westberlin Beschäftigter, die ihren Wohnsitz in Ostberlin haben, verloren von heute auf morgen ihren Arbeitsplatz.

Durch den Ausfall dieser Arbeitskräfte drohte ein Rückgang der Produktion. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurden in Westberlin vorhandene Arbeitsreserven mobilisiert und neue Arbeitskräfte aus der Bundesrepublik gewonnen. So gelang es, eine Produktionsminderung aufzufangen und die Spannungen am Arbeitsmarkt abzuschwächen. Im Januar 1961 entfielen 31 offene Stellen auf je 100 Arbeitslose, im September schnellte die Zahl auf 198 herauf, bis Dezember 1961 ging sie wieder auf 115 zurück.

Die Wirtschaft Westberlins erwies sich im Jahre 1961 als widerstandsfähig gegenüber den politischen Störungsfaktoren. Die Produktion stieg um rd. 9%, ihr Wachstum verlangsamte sich aber in der zweiten Hälfte des Jahres. Hierzu trug die allgemeine konjunkturelle Beruhigung in der Bundesrepublik bei. Die Zusammenarbeit zwischen Westberlin und seinem Hauptabnehmer Westdeutschland ist nicht erschüttert worden. Die Abschwächung der Auftrageingänge in der Bundesrepublik strahlte jedoch auf die Absatzlage der Westberliner Wirtschaft aus. Sie traf Westberlin um so mehr, als sie sich insbesondere auf den Bereich der Investitionsgüterindustrie auswirkte, die 50% der Gesamtproduktion erbringt. Dieser Anteil ist in Westberlin doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Im vergangenen Jahr ist es erstmalig gelungen, die Handelsbilanz zwischen der Bundesrepublik und Westberlin auszugleichen. Die Lieferungen Westberlins in das Bundesgebiet betragen rd. 7,6 Milliarden DM gegenüber 6,8 Milliarden DM im Vorjahr. Aus Westdeutschland bezog Westberlin Waren im Werte von rd. 7,7 Milliarden DM im Vergleich zu 7,3 Milliarden DM 1960. Für rd. 1,4 Milliarden DM exportierte Westberlin in das Ausland. Das waren 200 Millionen DM mehr als 1960. Der Import betrug im Jahre 1961 rd. 0,9 Milliarden DM gegenüber 0,8 Milliarden DM im Vorjahr.

Während die Bundesbank im Jahre 1960 einen Netto-Gold- und Devisenzugang von rd. 8 Milliarden DM zu verzeichnen hatte, ging die *Währungsreserve* von ihrem Höchststand im April 1961 bis Ende Januar 1962 um 7,2 Milliarden DM zurück. Zu einem erheblichen Teil ist die Abnahme auf außerordentliche Umstände zurückzuführen. Hierzu zählen die vorzeitige Rückzahlung von Schulden sowie Kredite an den Internationalen Währungsfonds und an die Weltbank. Doch selbst im laufenden Zahlungsverkehr ergab sich zeitweise ein Defizit. Es zeigte sich erneut, wie starke Veränderungen binnen kurzem bei wichtigen Positionen der Zahlungsbilanz eintreten können. Die Freizügigkeit im internationalen Geld- und Kapital-

verkehr begünstigt derartige Schwankungen. Maßnahmen zur Dämpfung des Exports müssen bei dieser Sachlage als bedenklich bezeichnet werden. Die bremsende Wirkung der Aufwertung der D-Mark auf den Export wurde weitgehend durch Rationalisierung und Verringerung der Gewinnspannen aufgefangen. Dennoch ist erkennbar geworden, wie nachteilig die Aufwertung der Währung eines einzelnen Staates für die stetige Entwicklung seiner Wirtschaftsstruktur werden kann. Auch in Zukunft wird die Bundesrepublik unter Umständen zeitweilige Zahlungsbilanzüberschüsse aufweisen. Ihnen müßte mit konstruktiven und nicht mit restriktiven Mitteln begegnet werden. Hierzu ist eine wirtschaftlich vertretbare, allmähliche Erhöhung des Kapitalexports zu zählen.

Leistungen an Entwicklungsländer haben in der westdeutschen Zahlungsbilanz inzwischen einen beträchtlichen Raum eingenommen. Für die Jahre 1961/62 sind hierfür an öffentlichen Mitteln etwa 5,5 Milliarden DM bereitgestellt und zu einem Teil bereits ausgezahlt worden. Noch unbefriedigend ist der private Kapitalexport in Entwicklungsländer. Er leidet darunter, daß es häufig noch an rentablen und sicheren Anlagemöglichkeiten fehlt. Der deutschen Wirtschaft standen bisher auch nur geringe Erträge aus bereits im Ausland vorhandenen Vermögensanlagen für eine Reinvestition zur Verfügung. Der Förderung des privaten Kapitalexports durch steuerliche Maßnahmen, die den mit ihm verbundenen außerordentlichen Risiken entsprechen, kommt für unser Land besondere Bedeutung zu. Die bisher in der Bundesrepublik getroffene Regelung erscheint nach den gemachten Erfahrungen ergänzungsbedürftig. So sollte zum Beispiel dafür gesorgt werden, daß Steuervergünstigungen, die in Entwicklungsländern für Investitionen von Ausländern gewährt werden, dem deutschen Kapitalgeber ungekürzt erhalten bleiben. Der Gedanke, einen internationalen Garantiefonds zu schaffen, der durch staatliche Eingriffe verursachte Verluste privater ausländischer Investoren abdecken soll, erscheint problematisch. Wenn man ihn dennoch verwirklichen will, wird insbesondere dafür zu sorgen sein, daß die Wirtschaftlichkeit von Investitionen nicht leidet und der Grundsatz der Selbstverantwortung von Kapitalgebern und Kapitalnehmern nicht vernachlässigt wird. Damit die Risiken privater Auslandsinvestitionen auf ein tragbares Maß zurückgeführt werden, halten wir es unverändert für wichtig, daß die am Kapitalimport und -export beteiligten Staaten „Regeln des guten Verhaltens“ anerkennen und sich im Streitfall einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen.

Die *Kapitalbildung*, auch das private Sparen, hat im Berichtsjahr weiterhin eine recht erfreuliche Entwicklung genommen. Der Wertpapiererwerb der privaten Haushalte hat sich kräftig ausgedehnt. Die Privatisierung des Volkswagen-Werkes hat hierzu erheblich beigetragen. Durch die Emission junger Aktien wurden insgesamt 3,3 Milliarden DM aufgebracht. Das ist mehr als in jedem der vorangegangenen Jahre. Der Absatz an festverzinslichen Papieren lag mit rund 9,5 Milliarden DM um über 80% über demjenigen des Vorjahres. Die Industrie hat den Rentenmarkt wie schon im Vorjahr nur wenig in Anspruch genommen. Dagegen wurden wieder umfangreiche Schuldscheindarlehen placiert. Wir sähen es nicht ohne Sorge, wenn die Industrieobligation in weitem Umfang durch das Schuldscheindarlehen verdrängt würde. Eine Anhäufung finanzieller Risiken und ihre Bindung beim Anleger bis zur Fälligkeit wäre die Folge. Überdies würde eine derartige Entwicklung die Möglichkeiten zur Beteiligung des Publikums an der Industriefinanzierung bedauerlich einschränken. Es ist an der Zeit, beide Instrumente, die Industrieobligation und das Schuldscheindarlehen, steuerlich völlig gleich zu behandeln. Die Beseitigung der Wertpapiersteuer wäre ein sehr erwünschter Schritt. Sie erleichterte zugleich den weiteren Ausbau des deutschen Kapitalexports.

Der Erwerb deutscher Wertpapiere durch das Ausland hat in der zweiten Hälfte des Jahres nachgelassen. Das gilt hauptsächlich für den Rentenmarkt. Der Nettoerwerb inländischer

Papiere durch Ausländer lag mit 1,6 Milliarden DM um 20 % unter der Zahl des Vorjahres. Damit übertraf er aber noch den Kauf ausländischer Effekten durch Inländer. Im Berichtsjahr wurden weitere ausländische Aktien an den deutschen Börsen eingeführt. Ebenso erhöhte sich die Zahl der im Freiverkehr gehandelten Auslandswerte.

Die Zinssenkung, die Mitte 1960 begonnen hatte, setzte sich bis zum Mai 1961 fort. Der *Kapitalmarktzins* sank in diesem Zeitraum von 7 % auf beinahe 5 %. Im Laufe des dritten Quartals kam es wieder zu einer Erhöhung auf rund 6 %. Hoffnungen auf einen neuerlichen Rückgang erwiesen sich bisher als verfrüht. Die Abgaben des Auslands und die Stilllegung von Steuerüberschüssen bei der Bundesbank haben zu dem Anstieg im Berichtsjahr beigetragen. Hinzu kommt unter anderem, daß es vielfach noch an Vertrauen in einen anhaltend niedrigen Kapitalmarktzins fehlt.

In der kommenden Zeit wird es schwieriger werden, den Bundeshaushalt auszugleichen. Jedenfalls werden zusätzliche Ausgabenwünsche so zu bemessen sein, daß die Aufnahmefähigkeit des Geld- und Kapitalmarktes für die Ansprüche der Wirtschaft nicht ernstlich geschwächt wird. Bereits die Bekanntgabe hoher Anleihewünsche des Fiskus zu einer Zeit, da weder die Höhe noch die Dringlichkeit des Bedarfs feststanden, hat in der Vergangenheit das Klima am Kapitalmarkt ungünstig beeinflusst.

Die Notenbank suchte durch wiederholte Verringerung der Mindestreservesätze sowie durch eine Senkung des Diskontsatzes von 4 % auf $3\frac{1}{2}$ % und später auf 3 % einen allgemeinen Abbau des westdeutschen Zinsniveaus zu fördern. Ein Erfolg war ihr hiermit nur im Bereich der kurzfristigen Geldbewegungen beschieden. Veränderte Zinsrelationen gegenüber dem Ausland haben neben dem Abklingen spekulativer Einflüsse dazu beigetragen, daß Geld ins Ausland zurückfloß oder von deutscher Seite dort angelegt wurde. Die Banken haben im Berichtsjahr erhebliche Geldexporte getätigt. Wenn hiermit auch nur auf kurze Sicht hin der Ausgleich der Zahlungsbilanz gefördert werden kann, so wird man die regulierende Wirkung solcher Bewegungen doch nicht unterschätzen dürfen.

Die Kurse für *Dividendenwerte* unterlagen im Jahre 1961 stärkeren Schwankungen. Sie befanden sich im Durchschnitt Ende Februar 1962 um 12 % unter dem Stand von Ende 1960. Die Vorgänge der internationalen Politik haben wesentlich zu dem Rückgang beigetragen. Seit September des Berichtsjahres festigte sich die Börse wieder. Die Kurse lagen Ende Februar 1962 um rund 5,5 % über dem vorjährigen Tiefststand. Infolge der geschilderten Kursentwicklung sowie auf Grund etwas erhöhter Dividendensätze hat sich die Rendite der deutschen Aktien im Durchschnitt von 1,8 % im Herbst 1960 auf 2,6 % Ende Februar 1962 erhöht. Eine zunehmende Differenzierung der konjunkturellen Entwicklung beeinflusste die Verschiebungen innerhalb des Kursgefüges.

Als besonderes Ereignis an der Börse ist die Privatisierung des Volkswagen-Werkes zu nennen. 1,5 Millionen Interessenten erwarben Aktien dieses Unternehmens im Nennbetrag von 360 Millionen DM; die hierfür aufzubringende Summe stellte sich auf über eine Milliarde DM. Die Käufe wurden in weitem Umfang durch zusätzliche Ersparnisse finanziert, und zwar ohne stärkere Beeinträchtigung anderer Spararten. Trotz erheblicher Kurssteigerungen in der ersten Zeit und eines anschließenden Rückschlags haben die Ersterwerber zu etwa 80 % an ihrem Besitz festgehalten.

Die Zahl aller Aktionäre und Inhaber von Investmentanteilen stieg im Laufe des Berichtsjahres auf über 2 Millionen. Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung vom November 1961 ihren Willen zum Ausdruck gebracht hat, die Privatisierung von Bundesvermögen im Interesse einer breiteren Eigentumsbildung fortzusetzen.

Das Vermögen der Investmentfonds erreichte Ende 1961 mit 3,1 Milliarden DM trotz der Kursrückgänge wieder etwa die Vorjahreshöhe. Der Umfang der zeitweiligen Rückflüsse war gemessen am Bestand sehr gering; sie wurden durch die Ausgabe neuer Anteile übertroffen. Das Investmentssparen hat also seine Bewährungsprobe auch in dieser Zeit bestanden.

Das Interesse der westdeutschen Wirtschaft am *internationalen Geld- und Kapitalverkehr* war regional weit gespannt. Von den an deutschen Börsen gehandelten ausländischen Werten entfielen rund 70 % auf Unternehmen in EWG- und EFTA-Ländern, knapp ein Viertel auf solche in den USA. Von den privaten Direktinvestitionen im Ausland, die seit 1951, soweit sie statistisch erfaßt sind, einen Betrag von etwa 3,4 Milliarden DM erreicht haben, entfielen nach dem Stand von Mitte 1961 rund 14 % auf Staaten der EWG, über 18 % auf solche der EFTA, gut 22 % auf die USA und Kanada und knapp 25 % auf Südamerika. Kurzfristige Anlagen deutscher Banken erfolgten vor allem in den USA. Innerhalb der EWG war eine relativ starke Zunahme solcher finanziellen Transaktionen zu verzeichnen, die der Finanzierung von Warenbewegungen dienen. Das ergibt sich aus der beträchtlichen Erhöhung des Außenhandels der EWG-Staaten untereinander. Dieser stieg in den ersten vier Jahren der Geltung des Römischen Vertrages um über 60 %, während der Außenhandel der EWG-Staaten mit dritten Ländern um rund 20 % und die Welthandelsumsätze im allgemeinen um rund 15 % zunahm. Die in den Gemeinsamen Markt hinsichtlich einer Intensivierung des Außenhandels gesetzten Erwartungen haben sich also bereits in einem überraschend großen Ausmaß erfüllt.

Die Erhaltung und weitere Festigung einer Währungsordnung, die keinerlei Kluft zwischen der EWG sowie dem Dollar- und dem Pfund-Sterling-Raum aufkommen läßt, liegt im vitalen Interesse der Bundesrepublik sowie wohl auch anderer EWG-Staaten. Die neuerliche Stärkung der Mittel des Internationalen Währungsfonds ist nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt zu begrüßen. Sie hat überdies den Vorteil, daß sie dem Grundsatz der Selbstverantwortlichkeit der beteiligten Staaten gebührend Rechnung trägt. Den britischen Entschluß, der EWG beizutreten, sehen wir als eines der wichtigsten Ereignisse im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen des Jahres 1961 an. Zu hoffen ist, daß er sich bald verwirklichen läßt und auch die anderen westeuropäischen Staaten einschließlich der neutralen Länder der EWG beitreten oder sich ihr assoziieren werden. Eine derartige Entwicklung brächte auch die Vorzüge eines multilateralen und weiträumigen Kapitalverkehrs noch besser zur Geltung.

Die *Einlagen* stiegen im Geschäftsjahr um rd. 3 %. Auf die Spareinlagen entfielen am Bilanzstichtag 29 % der Kundeneinlagen. Die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist haben sich um 10 % erhöht.

Die Ausweitung der *Debitoren* war mit 20,7 % bemerkenswert.

Das *Persönliche Klein-Kredit-Geschäft* hat sich weiterhin günstig entwickelt. Der Kreditbetrag schwankte im Einzelfalle zwischen DM 300,— und DM 2 000,—, im Durchschnitt belief er sich auf DM 1 200,—. Im Jahre 1961 entfielen 77 % der Ausleihungen auf Angestellte und Arbeiter und 13 % auf Beamte. Zu 59 % wurden die Kredite für die Anschaffung von Möbeln und Hausrat verwandt, 12 % dienten der Finanzierung von Kraftfahrzeugen und 9 % dem Erwerb von Wohnraum. Die Ausfälle blieben unbedeutend.

Das *gesamte Kreditvolumen* der Bank einschließlich der Wechselkredite und der langfristigen Ausleihungen nahm um rund 39,5 Millionen DM, das sind 14 %, zu.

Im *Emissionsgeschäft* überwog wie im Vorjahr die Ausgabe neuer Aktien aus Kapitalerhöhungen. Diese wurden sowohl gegen Bareinlagen als auch durch Ausgabe von Berichtigungsaktien durchgeführt; die Anzahl der Kapitalberichtigungen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr. Bei der Begebung festverzinslicher Werte war die Öffentliche Hand neben den

Daueremittenten vorherrschend. Die ausgegebenen Wertpapiere wurden überwiegend noch im Berichtsjahr an den Börsen zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen.

Im Gegensatz zum Rentengeschäft waren die Umsätze in Aktien rückläufig. Der Anteil der Bank am Erstabsatz von Rentenwerten entwickelte sich günstig. Die Beteiligung der privaten Zeichner ist bis in das Frühjahr 1962 hinein kräftig gestiegen.

Die Emissionen und Börseneinführungen, an denen die Bank mitwirkte, sind auf den Seiten 22/23 dieses Berichtes zusammengestellt. In 20 Fällen handelt es sich um festverzinsliche Papiere. 90 Fälle betreffen Aktien einschließlich Berichtigungsaktien.

Das Vermögen des Fonds INVESTA der DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WERTPAPIERSPAREN M. B. H., an der wir neben anderen namhaften Banken und Bankiers beteiligt sind, hat sich infolge der allgemeinen Kursrückgänge an den deutschen Aktienbörsen von 667 Millionen auf 646 Millionen DM vermindert. Die ausgegebenen Anteilscheine dagegen stiegen um 628 700 auf 8 735 300 Stück. Der Absatz wurde zwar vorübergehend durch die politische Lage beeinträchtigt, insgesamt konnte jedoch der Fonds ein recht gutes Absatzergebnis erzielen.

Das Vermögen des Fonds INTERVEST der oben genannten Gesellschaft erhöhte sich um 16,4 % auf 94,2 Millionen DM. Hierzu hat vor allem die Kurssteigerung von im Fonds befindlichen ausländischen Aktien beigetragen, wobei sich wiederum das Prinzip des Risikoausgleichs durch eine breite Streuung der zum Fonds gehörenden Papiere nach Ländern und Branchen bewährt hat. Bis zum Herbst des Jahres stagnierte der Absatz; er belebte sich erfreulich im letzten Quartal des Jahres.

Im Juli 1961 hat die DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WERTPAPIERSPAREN M. B. H. einen weiteren Fonds mit dem Namen AKKUMULA (INVESTA SPEZIAL) aufgelegt. AKKUMULA ist ein Anreicherungsfonds, bei dem die zufließenden Erträge nicht ausgeschüttet, sondern wieder angelegt werden. Er ist vor allem für Sparer bestimmt, die weniger Wert auf laufende Ausschüttungen legen als auf die stetige Ansammlung und Wiederanlage der anfallenden Erträge. AKKUMULA ist ein Spezialfonds mit Wertpapieren einer beschränkten Anzahl ausgewählter Branchen verschiedener Länder. Bis zum Ende des Jahres hatte der Fonds ein Vermögen von 17,7 Millionen DM erreicht; 304 200 Anteilscheine waren ausgegeben.

Das *Auslandsgeschäft* der Bank dehnte sich im Jahre 1961 weiter aus. Eine Steigerung wurde sowohl im Dokumentengeschäft als auch bei den nichtdokumentären Zahlungen erzielt.

Wie in den Jahren zuvor konnte die Bank auch im Berichtsjahr den Wünschen der inländischen Kunden nach kurz- und mittelfristigen Krediten für ihre Außenhandelsgeschäfte voll entsprechen. Den ausländischen Korrespondenten gewährte sie wiederum Fazilitäten in Form von Bar-, Rembours- und Postlaufkrediten.

Für die Beratung unserer Kunden in Außenhandelsfragen standen uns weiterhin die Vertretungen der Deutsche Bank AG im Ausland zur Verfügung.

Bei der Beschaffung von mittel- und längerfristigen Krediten für die Exportfinanzierung waren wir der Kundschaft vornehmlich über die AUSFUHRKREDIT AG behilflich. In Fragen der Finanzierung ausländischer Investitionsprojekte war die Bank in mannigfaltiger Weise beratend tätig.

Im Laufe des Jahres 1961 hat die Zahl der in unserem Hause *Beschäftigten* — vor allem durch die Einstellung von Lehrlingen und Anlernlingen — um 4 % zugenommen. Es wurden am Ende des Berichtsjahres 1293, und zwar 777 männliche und 392 weibliche Angestellte

sowie 89 Lehrlinge und 35 Anlernlinge beschäftigt. Das Durchschnittsalter unserer männlichen Angestellten betrug 39,8 Jahre, das der weiblichen Angestellten 28,3 Jahre.

Um die sorgfältige Ausbildung unseres Nachwuchses waren wir weiterhin bemüht. Im vergangenen Jahr fand wiederum ein Austausch von jüngeren Angestellten mit der Deutsche Bank AG statt. Ferner wurde einigen Nachwuchskräften durch einen Aufenthalt bei ausländischen Geschäftsfreunden die Möglichkeit zur Erweiterung ihres Fachwissens und ihrer Sprachkenntnisse gegeben.

Im Rahmen unserer sozialen Maßnahmen haben wir unseren Mitarbeitern unsere besondere Fürsorge angedeihen lassen.

Allen unseren Angestellten sprechen wir unseren Dank und unsere Anerkennung für ihre Treue und ihre verständnisvolle Mitarbeit aus.

Im Jahre 1961 wurden uns durch den Tod 2 aktive Mitarbeiter und 6 Pensionäre entrissen, deren Andenken wir in Ehren halten werden.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung bemerken wir folgendes:

Bilanzsumme

Das Geschäftsjahr 1961 brachte eine Bilanzausweitung von 5,2 %; die *Bilanzsumme* erhöhte sich um 26,7 Millionen DM von 516,7 Millionen DM auf 543,4 Millionen DM.

Umsätze

Das lebhafte Geschäft des vergangenen Jahres kam auch in der Steigerung der *Umsätze* mit unserer Kundschaft zum Ausdruck, die sich ohne Berücksichtigung der Umsätze auf den Konten der in- und ausländischen Banken um 12,7 % erhöhten.

Liquidität

Unsere zinslosen Guthaben bei der Deutschen Bundesbank haben sich um 8,5 Millionen DM ermäßigt; sie betragen am Bilanzstichtag 60,2 Millionen DM gegen 68,7 Millionen DM Ende vorigen Jahres.

Die gesamten Barmittel — Kasse, Bundesbank- und Postscheckguthaben — ergaben eine Barliquidität von 15,8 % gegen 18,0 % Ende 1960. Darüber hinaus verfügten wir am Jahresende über täglich fällige Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben) sowie über Bestände an fälligen Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheinen, Schecks, bundesbankfähigen Wechseln, Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen und beleihbaren Wertpapieren in Höhe von 128,9 Millionen DM. Diese leicht realisierbaren Werte deckten einschließlich der Barmittel zu 45,7 % gegen 49,0 % im Vorjahr die Verpflichtungen aus Einlagen und Aufgenommenen Geldern (Nostroverpflichtungen).

Wechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen

Infolge des Rückgangs der Wechselkredite hat der *Wechselbestand* um 2,9 Millionen DM abgenommen.

Die Veräußerungssperre für die im Jahre 1960 aus der sogenannten Blessing-Milliarde übernommenen und noch in unserem Besitz befindlichen *unverzinslichen Schatzanweisungen* wurde im August 1961 aufgehoben.

Wertpapiere

Der Bestand an *Wertpapieren* hat sich nur geringfügig verändert. Von dem Gesamtbestand entfielen 91,3 % auf festverzinsliche Wertpapiere und 7,2 % auf börsengängige Dividendenwerte, der Rest von 1,5 % auf sonstige Wertpapiere. Der Bewertung wurde wiederum das Niederstwertprinzip zugrunde gelegt.

Ausgleichs- und Deckungsforderungen

Die *Ausgleichsforderungen* sind um 1,6 Millionen DM auf 42,6 Millionen DM zurückgegangen. Zugängen in Höhe von 0,3 Millionen DM standen 0,5 Millionen DM Tilgungen sowie 1,4 Millionen DM Abgänge gegenüber, die von der öffentlichen Hand angekauft wurden.

Die *Deckungsforderungen* erhöhten sich von 0,4 Millionen DM auf 0,6 Millionen DM.

Konsortialbeteiligungen

Über die Konsortialgeschäfte, bei denen wir im abgelaufenen Jahr mitgewirkt haben, gibt ein Verzeichnis auf den Seiten 22/23 dieses Geschäftsberichts Aufschluß. Die *Konsortialbestände* werden mit 4,6 Millionen DM gegen 1,4 Millionen DM Ende 1960 ausgewiesen.

Ausleihungen

Das Kreditgeschäft hat sich erheblich ausgedehnt. Die größere Inanspruchnahme unserer kurz- und mittelfristigen Kredite erstreckte sich im abgelaufenen Jahr auf Buchkredite. Die *Debitoren* stiegen um 34,8 Millionen DM = 20,7 % auf 202,9 Millionen DM, während sich die *Wechselkredite* um 8,4 Millionen DM = 12,7 % auf 57,6 Millionen DM ermäßigten. Das kurz- und mittelfristige Kreditvolumen stellte sich zum Jahresende auf 260,5 Millionen DM.

Der Persönliche Klein-Kredit (PKK) war ebenfalls stark gefragt. Die Inanspruchnahme gegenüber dem 31. Dezember 1960 stieg um 49 %.

Die erhöhte Nachfrage nach langfristigen Krediten bewirkte eine Steigerung der *Langfristigen Ausleihungen* um 13,1 Millionen DM = 28,6 % auf 58,9 Millionen DM.

Soweit von uns zweckgebundene Gelder der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU an bestimmte Kreditnehmer weitergeleitet worden sind, wurden sie zu den Bedingungen dieser Anstalt weitergegeben.

Allen im Kreditgeschäft erkennbaren Risiken ist wiederum durch Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen worden. Darüber hinaus führte die Ausweitung der Kredite auch zu einer Aufstockung der vorgeschriebenen Sammelwertberichtigung.

Die Forderungen an Konzernunternehmen betreffen zum großen Teil Kredite an Teilzahlungsinstitute.

Von der Kreditinanspruchnahme entfielen auf:

	Ende 1961	Ende 1960
Wechselkredite*)	57,6 Mill. DM = 18,0 %	66,0 Mill. DM = 23,6 %
Debitoren	202,9 Mill. DM = 63,5 %	168,1 Mill. DM = 60,0 %
Langfristige Ausleihungen ..	58,9 Mill. DM = 18,5 %	45,8 Mill. DM = 16,4 %
	<u>319,4 Mill. DM = 100,0 %</u>	<u>279,9 Mill. DM = 100,0 %</u>

*) Summe der von der Bank angekauften Wechsel, soweit sie am Stichtag noch nicht fällig waren

Das Kreditvolumen gliedert sich nach Wirtschaftszweigen wie folgt:

7,2 %	Eisen- und Metallindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau
23,3 %	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik
17,3 %	Versorgungsbetriebe, Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen
6,2 %	Bauwirtschaft und Holzverarbeitung
3,4 %	Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel
3,2 %	Textil und Bekleidung, Leder, Papier
1,9 %	Verschiedene Industriezweige
15,5 %	Handel
10,1 %	Kreditinstitute
11,9 %	Sonstige Kreditnehmer
	(einschließlich Persönliche Klein-Kredite)
<u>100,0 %</u>	

Durchlaufende Kredite

In dieser Bilanzposition werden die von uns treuhänderisch verwalteten Kredite sowie die Forderungen gegenüber den Finanzämtern aus der Gutschrift von Prämien nach dem Spar-Prämiengesetz ausgewiesen. Während die Gesamtsumme sich kaum verändert hat, haben sich die Forderungen aus Prämiegutschriften von 0,4 Millionen DM auf 0,8 Millionen DM erhöht.

Grundstücke und Gebäude

Einem Zugang von 53 000,— DM standen Abschreibungen von 303 000,— DM gegenüber, so daß sich der Buchwert auf 3 250 000,— DM ermäßigte.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Unserer langjährigen Übung entsprechend haben wir die Neuanschaffungen von Einrichtungsgegenständen in Höhe von 361 000,— DM wieder voll abgeschrieben, so daß die Geschäftsausstattung unverändert mit 1,— DM ausgewiesen wird. Außerdem haben wir für Umbauten in gemieteten Räumen, insbesondere für die Errichtung von drei neuen Zweigstellen, 446 000,— DM aufgewandt; auch dieser Betrag ist voll abgeschrieben worden.

Einlagen

Der Gesamteinlagenbestand stieg um 12,4 Millionen DM von 419,4 Millionen DM auf 431,8 Millionen DM.

Während sich die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist von 84,5 Millionen DM auf 93,2 Millionen DM erhöhten, sind die Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist von 19,7 Millionen DM auf 14,1 Millionen DM zurückgegangen. Dieser Rückgang war auf das fast völlige Auslaufen der steuerbegünstigten Spargelder zurückzuführen. Das prämiengünstige Sparen wies zwar einen erfreulichen Zuwachs auf, konnte jedoch durch die Begrenzung der Sparsumme die Höhe der fällig gewordenen steuerbegünstigten Spargelder nicht erreichen.

Die nachstehende Gegenüberstellung zeigt die Zusammensetzung unserer gesamten Einlagen in den letzten beiden Jahren.

	Ende 1961	Ende 1960
<i>Einlagen der Nichtbankenkundschaft</i>		
<i>Sichteinlagen</i>	152,4 Mill. DM	147,0 Mill. DM
<i>Befristete Einlagen</i>	109,3 Mill. DM	106,4 Mill. DM
<i>Spareinlagen</i>	107,3 Mill. DM	104,2 Mill. DM
	<u>369,0 Mill. DM</u>	<u>357,6 Mill. DM</u>
<i>Einlagen von Kreditinstituten</i>		
<i>Sichteinlagen</i>	28,4 Mill. DM	28,9 Mill. DM
<i>Befristete Einlagen</i>	34,4 Mill. DM	32,9 Mill. DM
Gesamteinlagen	<u><u>431,8 Mill. DM</u></u>	<u><u>419,4 Mill. DM</u></u>

Aufgenommene langfristige Darlehen

Die *Aufgenommenen langfristigen Darlehen* sind von 53,9 Millionen DM auf 65,0 Millionen DM angestiegen. Die Gelder, die uns fast ausschließlich von der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU zuzugingen, wurden als Auftragsfinanzierungskredite der Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

Pensionsrückstellung

Die *Pensionsrückstellung* erhöhte sich um 1,1 Millionen DM; die Zuführung erfolgte wiederum auf Grund einer versicherungsmathematischen Berechnung.

Sonstige Passivposten

Die mit 2,2 Millionen DM erscheinenden *Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)* ermäßigten sich um 1,3 Millionen DM. Der Posten umfaßt Rückstellungen für noch zu zahlende Steuern und andere Beträge, die nicht mit Aktivposten aufgerechnet werden können.

Eventualverbindlichkeiten

Auch Bürgschaften und Garantien wurden für unsere Kundschaft in erhöhtem Ausmaße von uns übernommen. Die *Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen* stiegen demzufolge um 9,0 Millionen DM von 28,0 Millionen DM auf 37,0 Millionen DM.

Die *Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln* ermäßigten sich von 2,3 Millionen DM auf 0,6 Millionen DM.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien bestanden am 31. Dezember 1961 in Höhe von 214 580,— DM.

Aufwendungen und Erträge

Die Ausweitung unseres Geschäfts erforderte weitere Personaleinstellungen. Zu den hierdurch gestiegenen *Personalaufwendungen* kam eine erneute Erhöhung des Gehaltstarifes ab 1. Juli 1961 um rund 10 %.

Die *Ausgaben für soziale Zwecke*, in denen sowohl die gesetzlichen als auch die freiwilligen Leistungen sowie die *Wohlfahrtseinrichtungen* enthalten sind, erforderten einen Betrag von insgesamt 1,9 Millionen DM.

Sonstige Handlungskosten sind von 3,2 Millionen DM auf 3,4 Millionen DM gestiegen.

Steuern und steuerähnliche Abgaben haben sich gegenüber dem Vorjahr auf 2,6 Millionen DM ermäßigt, verursacht in der Hauptsache durch geringere Einnahmen aus dem Effektengeschäft.

Die Überschüsse aus *Zinsen und Diskont* wurden mit 11,2 Millionen DM, *Provisionen, Gebühren und sonstige Erträge* mit 14,4 Millionen DM zur Deckung der Aufwendungen eingestellt. Alle übrigen Einnahmen haben wir wie bisher zu Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und inneren Rücklagen verwendet.

Die Gesamtbezüge des Vorstands einschließlich der Ruhegehälter an frühere Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 498 634,— DM. Der Aufsichtsrat erhielt im Jahre 1961 eine Vergütung von insgesamt 72 000,— DM für das Geschäftsjahr 1960.

Wir schlagen vor, zur Stärkung der eigenen Mittel einen Betrag von

3 000 000,— DM der Freien Sonderreserve

zuzuführen und den verbleibenden

Gewinn von 1 500 000,— DM

zur Ausschüttung einer

Dividende von 10 % auf das Grundkapital von 15 000 000,— DM

zu verwenden.

Kapital und Reserven

Nach Genehmigung der Zuweisung an die Freie Sonderreserve setzen sich die Eigenmittel der Bank wie folgt zusammen:

Grundkapital		15 000 000,— DM
Gesetzliche Reserve	1 500 000,— DM	
Freie Sonderreserve	13 500 000,— DM	15 000 000,— DM
	insgesamt	<u>30 000 000,— DM</u>

BERLIN, im April 1962

DER VORSTAND

Christian Fuhrmann Hennig

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

In den Sitzungen des Aufsichtsrats wurden die Berichte des Vorstandes über die Geschäftsentwicklung und wichtige Einzelvorgänge erörtert sowie die auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Prüfung und Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Der vorliegende Jahresabschluß und der Geschäftsbericht sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten TREUVERKEHR DEUTSCHE TREUHAND AKTIENGESELLSCHAFT, BERLIN, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden.

Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Mit dem Bericht des Vorstandes und mit dem Vorschlag für die Gewinnverteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

Herr Julius Fabian hat anlässlich der Neuwahl des Aufsichtsrats am 27. April 1961 aus Altersrücksichten auf seine Wiederwahl verzichtet. Ihm gebührt unser Dank für sein großes Interesse, das er den Aufgaben der Berliner Disconto Bank entgegengebracht hat, und für den wertvollen Rat, mit dem er uns stets zur Verfügung stand.

BERLIN, im April 1962

DER AUFSICHTSRAT

Fritz Gröning

Vorsitzer

	DM	DM	31. 12. 1960 in 1000 DM
Kassenbestand		6 598 163,61	5 042
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		60 190 295,17	68 667
Postscheckguthaben		1 576 978,12	1 819
Guthaben bei Kreditinstituten (<i>Nostroguthaben</i>)			
a) täglich fällig	29 718 963,83		25 423
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	—		—
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	10 386 708,32		29 155
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine		40 105 672,15	54 578
Schecks		1 078 331,78	1 748
Wechsel		4 340 524,26	2 359
darunter:		58 660 287,16	61 587
a) bundesbankfähige Wechsel, soweit die Deutsche Bundesbank sie nicht allgemein vom Ankauf ausgeschlossen hat DM	47 281 946,36		
b) eigene Ziehungen DM	—		
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		2 394 965,—	2 258
darunter: des Bundes und der Länder DM	2 394 965,—		
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind			
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	19 846 980,46		16 101
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	28 751 873,95		31 995
c) börsengängige Dividendenwerte	3 852 347,41		4 694
d) sonstige Wertpapiere	787 859,40		134
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM	44 021 872,54	53 239 061,22	52 924
darunter: des Bundes und der Länder DM	19 269 146,12		
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand			
a) Ausgleichsforderungen	42 595 751,57		44 187
b) Deckungsforderungen	591 411,99		356
Konsortialbeteiligungen		43 187 163,56	44 543
Debitoren		4 647 049,45	1 447
a) Kreditinstitute	22 344 494,38		23 216
b) sonstige	180 539 935,29		144 896
Langfristige Ausleihungen		202 884 429,67	168 112
a) gegen Grundpfandrechte	1 745 513,32		1 381
b) gegen Kommunaldeckung	43 324 198,83		31 712
c) sonstige	13 819 736,41		12 682
Durchlaufende Kredite (<i>nur Treuhandgeschäfte</i>)		58 889 448,56	45 700
darunter: Sparprämien-Forderungen nach dem Spar PG DM	756 623,54	1 962 664,42	1 962
Beteiligungen		369 000,—	369
darunter: an Kreditinstituten DM	169 400,—		
Grundstücke und Gebäude			
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	3 250 000,—		3 500
b) sonstige	—		—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3 250 000,—	3 500
Sonstige Aktiva		1,—	—
Rechnungsabgrenzungsposten		2 775,—	1
		54 117,20	57
SUMME DER AKTIVA		543 430 927,33	516 692
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:			
a) Forderungen an Konzernunternehmen		37 476 143,53	49 903
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes, an Geschäftsführer und an andere im § 14 Abs. 1 und 3 Kreditwesengesetz genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Geschäftsleiter oder ein Mitglied des Verwaltungsträgers des Kreditinstituts Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist		309 044,26	311

	DM	DM	DM	31. 12. 1960 in 1000 DM
Einlagen				
a) Sichteinlagen von				
aa) Kreditinstituten	28 425 933,87			
bb) sonstigen Einlegern	152 421 594,58	180 847 528,45		175 849
b) Befristete Einlagen von				
aa) Kreditinstituten	34 371 368,26			
bb) sonstigen Einlegern	109 229 317,93	143 600 686,19		139 314
darunter:				
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM 118 468 051,76				
c) Spareinlagen				
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	93 232 053,66			
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	14 073 192,38	107 305 246,04		104 214
Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			431 753 460,68	419 377
darunter:			144 102,66	—
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM —				
b) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite DM —				
ne Akzpte und Solawechsel		2 572 199,31		2 033
abzüglich eigener Bestand		2 572 199,31		2 033
Aufgenommene langfristige Darlehen				
a) gegen Grundpfandrechte		—		—
b) sonstige		64 951 472,67		53 896
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			64 951 472,67	53 896
darunter: Sparprämien-Gutschriften nach dem Spar PG DM 756 623,54			1 962 664,42	1 906
Grundkapital			15 000 000,—	15 000
Rücklagen nach § 11 Kreditwesengesetz				
a) Gesetzliche Reserve		1 500 000,—		1 500
b) Freie Sonderreserve	10 500 000,—			
Zuweisung	3 000 000,—	13 500 000,—		10 500
Pensionsrückstellung			15 000 000,—	12 000
Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)			6 682 082,—	5 607
Rechnungsabgrenzungsposten			2 209 621,46	3 460
Gewinn			4 227 523,44	3 946
			1 500 000,—	1 500
SUMME DER PASSIVA			543 430 927,33	516 692
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			36 990 433,72	28 038
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechslern			637 028,96	2 317
In den Passiven sind enthalten:				
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (einschließlich Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten)			10 486 348,02	5 069

AUFWENDUNGEN

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

	DM	1960 in 1000 DM
Personalaufwendungen	13 225 584,38	12 379
Ausgaben für soziale Zwecke und Wohlfahrtseinrichtungen	1 919 400,49	1 823
Sonstige Handlungskosten	3 351 874,43	3 213
Steuern und steuerähnliche Abgaben	2 614 012,41	3 251
Zuweisung an Freie Sonderreserve	3 000 000,—	3 000
Gewinn	1 500 000,—	1 500
	DM 25 610 871,71	25 166

BERLIN, im April 1962

BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Christian Fuhrmann Hennig

	DM	1960 in 1000 DM
Zinsen und Diskont	11 197 380,02	11 108
Provisionen, Gebühren und sonstige Erträge	14 413 491,69	14 058
	DM 25 610 871,71	25 166

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

BERLIN, den 13. April 1962

TREUVERKEHR DEUTSCHE TREUHAND AKTIENGESELLSCHAFT

Milow
Wirtschaftsprüfer

ppa. Kramer
Wirtschaftsprüfer

EMISSIONSGESCHÄFTE, KAPITALERHÖHUNGEN AUS GESELLSCHAFTSMITTELN UND BÖRSENEINFÜHRUNGEN

im Jahre 1961

Inländische öffentliche Anleihen

6 0/0 und 5 0/0 Anleihen der Deutschen Bundesbahn von 1961	6 0/0 Schuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Landwirtschaftsbriefe) Reihen 13 und 14
6 0/0 Anleihe der Deutschen Bundespost von 1961	5 1/2 0/0 Anleihe der Lastenausgleichsbank Emission 5 von 1961
5 1/2 0/0 Rentenschuldverschreibungen der Deutschen Landesrentenbank Reihe 45	6 0/0 Pfandbriefe der Niedersächsischen Wohnungskreditanstalt Reihe 28
5 1/2 0/0 Staatsanleihe der Freien und Hansestadt Hamburg von 1961	
6 0/0 Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau von 1961	

Inländische sonstige Anleihen, Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen

Robert Bosch GmbH	Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft
Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank	Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft
Deutsche Hypothekenbank	Sächsische Bodencreditanstalt
Industriekreditbank Aktiengesellschaft	Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft
Kaufhof Aktiengesellschaft	

Ausländische Anleihen

5 1/2 0/0 äußere Anleihe der Stadt Oslo von 1959

Inländische Aktien

Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft	Chemische Werke Albert
Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft	Concordia Spinnerei und Weberei
Actien-Gesellschaft der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Heye	Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft
„Albingia“ Versicherungs-Aktiengesellschaft	Daimler-Benz Aktiengesellschaft
Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft	DEMAG Aktiengesellschaft
Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft	Deutsche Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke Aktien-Gesellschaft
Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft	Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Badische Bank	Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vormals Roessler
Bergmann-Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft	Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft)
Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft	Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft
Brauhaus Nürnberg J. G. Reif Aktiengesellschaft	Deutsche Schiffahrtsbank Aktiengesellschaft
Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft	Deutsche Tafelglas Aktiengesellschaft DETAG
J. Brüning & Sohn Aktiengesellschaft	Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Burbach-Kaliwerke Aktiengesellschaft	Didier-Werke Aktiengesellschaft
	Dyckerhoff Zementwerke Aktiengesellschaft

Eisen- und Hüttenwerke Aktiengesellschaft	Phoenix Gummiwerke Aktiengesellschaft
Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft vormals Meister Lucius & Brüning	Portland-Zementwerke Heidelberg Aktien- gesellschaft
Felten & Guillaume Carlswerk Aktiengesellschaft	Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther Aktien- gesellschaft
Frankona Rück- und Mitversicherungs-Aktien- Gesellschaft	Porzellanfabrik Kahla
Gesellschaft für Linde's Eismaschinen Aktien- gesellschaft	Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktien- gesellschaft
Gutehoffnungshütte Aktienverein	Reichhold Chemie Aktiengesellschaft
Hamburgische Electricitäts-Werke	Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank
Hannoversche Verkehrsbetriebe (ÜSTRA) Aktien- gesellschaft	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktien- gesellschaft
Hein, Lehmann & Co. Aktiengesellschaft	Rheinmetall Berlin Aktiengesellschaft
Hilgers Aktien-Gesellschaft	Sächsische Bodencreditanstalt
Hochtief Aktiengesellschaft für Hoch- und Tief- bauten vorm. Gebr. Helfmann	Salzdetfurth Aktiengesellschaft
Hypothekbank in Hamburg	Schering Aktiengesellschaft
Ilse der Hütte	Schultheiss-Brauerei Aktiengesellschaft
Isar-Amperwerke Aktiengesellschaft	Siemens & Halske Aktiengesellschaft
Kabelwerk Rheydt Aktien-Gesellschaft	Steatit-Magnesia Aktiengesellschaft
Kleinwanzlebener Saatzucht vorm. Rabbethge & Giesecke Aktiengesellschaft	Stettiner Oelwerke in Hamburg Aktiengesellschaft
Klöckner-Humboldt-Deutz Aktiengesellschaft	Gebrüder Stollwerck Aktiengesellschaft
Klöckner-Werke Aktiengesellschaft	August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft
Kochs Adlernähmaschinen Werke Aktiengesellschaft	Transatlantische Versicherungs-Aktiengesellschaft
Lech-Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaft	Vereinigte Berliner Mörtelwerke
Lindener Aktien-Brauerei	Vereinigte Deutsche Metallwerke Aktien- gesellschaft
Lombardkasse Aktiengesellschaft	Vereinsbank in Hamburg
Maschinenfabrik Buckau R. Wolf Aktiengesellschaft	Volkswagenwerk Aktiengesellschaft
Norddeutsche Lederwerke Aktiengesellschaft	Warenhaus Liegenschaften Aktiengesellschaft
Nordstern Allgemeine Versicherungs-Aktien- gesellschaft	Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Comp. Aktiengesellschaft
Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft	Wintershall Aktiengesellschaft
	Zellstofffabrik Waldhof

Ausländische Aktien

Banque de Paris et des Pays-Bas	SNIA-VISCOSA Società Nazionale Industria Applicazioni Viscosa Società per Azioni
General Motors Corporation	Société Anonyme des Forges et Aciéries du Nord et de l'Est
Gevaert Photo-Producten N. V.	Telefonaktiebolaget L M Ericsson
N. V. Internationale Beleggings Unie „Interunie“	
Ing. C. Olivetti & C., Società per Azioni	

BERLINER DISCONTO BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Zentrale: BERLIN W 30, Potsdamer Straße 140

Zweigstellen:

CHARLOTTENBURG

- ERNST-REUTER-PLATZ
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 4
- KURFÜRSTENDAMM 217
Berlin W 15
- OLIVAER PLATZ
Berlin W 15, Kurfürstendamm 182
- OTTO-SUHR-ALLEE
Berlin-Charlottenburg 1, Otto-Suhr-Allee 123
- REICHSKANZLERPLATZ
Berlin-Charlottenburg 9, Reichskanzlerplatz 2
- SOPHIE-CHARLOTTE-PLATZ
Berlin-Charlottenburg 2, Bismarckstr. 68
- ZOOLOGISCHER GARTEN
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 27

FRIEDENAU

- FRIEDENAU
Berlin-Steglitz, Rheinstr. 45

KREUZBERG

- FRIEDRICHSTADT
Berlin SW 61, Friedrichstr. 210
- KREUZBERG
Berlin SW 61, Mehringdamm 48

NEUKÖLLN

- BRITZ
Berlin-Britz, Fritz-Reuter-Allee 173
- HERMANNPLATZ
Berlin-Neukölln, Hermannstraße 256
- KOTTBUSSE DAMM 96
Berlin SW 61
- NEUKÖLLN
Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Str. 163

REINICKENDORF

- REINICKENDORF
Berlin-Reinickendorf, Residenzstr. 156

SCHÖNEBERG

- BAYERISCHER PLATZ
Berlin-Schöneberg, Bayerischer Platz 9
- SCHÖNEBERG
Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 51
- WITTENBERGPLATZ
Berlin W 30, Tauentzienstr. 1

SPANDAU

- SIEMENSSTADT
Berlin-Siemensstadt, Siemensdamm 43
- SPANDAU
Berlin-Spandau, Markt 12
- SPANDAU-WILHELMSTADT
Berlin-Spandau, Pichelsdorfer Str. 146

STEGLITZ

- LANKWITZ
Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 53
- STEGLITZ
Berlin-Steglitz, Schloßstr. 95

TEMPELHOF

- MARIENDORF
Berlin-Tempelhof, Rathausstr. 56
- TEMPELHOF
Berlin-Tempelhof, Tempelhofer Damm 126

TIERGARTEN

- MOABIT
Berlin NW 21, Alt-Moabit 109

WEDDING

- WEDDING
Berlin N 65, Müllerstr. 37

WILMERSDORF

- HALENSEE
Berlin-Wilmersdorf, Kurfürstendamm 112
- HOHENZOLLERN DAMM
Berlin-Grunewald, Warmbrunner Str. 50
- SÜDWESTKORSO
Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 42
- WILMERSDORF
Bln.-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 84

ZEHLENDORF

- ZEHLENDORF
Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm 5

DEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

ZENTRALEN:

Düsseldorf · Frankfurt (Main) · Hamburg

NIEDERLASSUNGEN an folgenden Plätzen:

Aachen mit 1 Zweigstelle	Bremerhaven mit 2 Zweigstellen und 1 Zahlstelle	Frankenthal (Pfalz)	Herford
Aalen (Württemberg)	Bretten (Baden)	Frankfurt (Main) mit 9 Zweigstellen	Herne
Achim (Bezirk Bremen)	Bruchsal	Frankfurt (Main)- Höchst	Hilden
Ahlen (Westfalen)	Brühl (Bezirk Köln)	Freiburg (Breisgau) mit 2 Zweigstellen	Hildesheim
Alfeld (Leine)	Büderich bei Düsseldorf	Friedrichshafen	Höhr-Grenzhausen
Alsdorf (Kreis Aachen)	Buxtehude	Fürth (Bayern)	Höxter
Altena (Westfalen)	Castrop-Rauxel	Fulda (Kreis, Erkelenz)	Hohenlimburg
Alzey	Celle	Garmisch-Partenkirchen	Homburg (Niederrhein)
Andernach	Coburg	Geesthacht (Elbe)	Hückelhoven
Aschaffenburg	Darmstadt	Geislingen (Steige)	Idar-Oberstein mit 1 Zahlstelle
Attendorn	Datteln (Westfalen)	Geldern	Gelsenkirchen mit 2 Zweigstellen
Augsburg mit 1 Zweigstelle	Deidesheim	Gelnhausen	Georgsmarienhütte (Kreis Osnabrück)
Bad Dürkheim	Delmenhorst i. O.	Gernsbach (Murgtal)	Gießen
Baden-Baden	Detmold	Gifhorn	Gladbeck (Westfalen)
Bad Godesberg	Dillenburg	Gladbeck (Westfalen)	Goch
Bad Harzburg	Dinslaken (Niederrhein)	Göppingen	Göttingen
Bad Hersfeld	Dorsten	Goslar	Grevenbroich (Niederrhein)
Bad Homburg v. d. H.	Dortmund mit 4 Zweigstellen	Gronau (Westfalen)	Gütersloh
Bad Oeynhausen	Dülken	Gummersbach	Haan (Rheinland)
Bad Oldesloe	Düren	Hagen mit 1 Zweigstelle	Hamburg mit 30 Zweigstellen und 1 Zahlstelle
Bad Pyrmont	Düsseldorf mit 16 Zweigstellen	Hamburg-Altona	Hamburg-Harburg
Bad Sachsa (Südharz)	Düsseldorf-Benrath	Hameln	Hamm (Westfalen)
Bad Salzflun	Duisburg mit 4 Zweigstellen	Hannover mit 7 Zweigstellen	Hattingen (Ruhr)
Bad Wildungen	Duisburg-Beeck	Heidelberg mit 1 Zweigstelle	Hausen bei Offenbach (M)
Bamberg	Duisburg-Hamborn mit 1 Zweigstelle	Heidenheim (Brenz)	Heilbronn (Neckar)
Barsinghausen	Duisburg-Meiderich	Hemer (Kreis Iserlohn)	
Beckum (Bez. Münster)	Duisburg-Ruhrort mit 1 Zweigstelle		
Bensheim	Ebingen (Württemberg)		
Bergisch-Gladbach	Einbeck		
Bergneustadt	Elmshorn		
Bernkastel-Kues	Emden		
Beuel	Emmerich		
Biberach (Riß)	Emsdetten		
Biedenkopf	Ennepetal (Westfalen)- Milspe		
Bielefeld	Eschweiler (Kreis Aachen)		
Bingen (Rhein)	Essen mit 11 Zweigstellen		
Bocholt	Eßlingen (Neckar)		
Bochum mit 1 Zweigstelle	Ettlingen (Baden)		
Bonn	Euskirchen		
Bottrop	Fellbach (Württemberg)		
Brackwede (Westfalen)	Flensburg		
Brand (Kreis Aachen)			
Braunschweig mit 5 Zweigstellen und 1 Zahlstelle			
Bremen mit 10 Zweigstellen und 1 Wechselstube			

Ludwigsburg	Norden (<i>Ostfriesland</i>)	Rüsselsheim (<i>Hessen</i>)	Walsum (<i>Niederrhein</i>)
Ludwigshafen (<i>Rhein</i>) mit 2 Zweigstellen	Nordhorn	Säckingen	Wanne-Eickel
Lübeck	Nürnberg mit 3 Zweigstellen	Salzgitter-Bad	Wattenscheid
Lübeck-Travemünde	Nürtingen	Salzgitter- Gebhardshagen	Wedel (<i>Holstein</i>)
Lüdenscheid	Oberhausen (<i>Rheinland</i>) mit 5 Zweigstellen	Salzgitter-Lebenstedt mit 1 Zweigstelle	Weidenau (<i>Sieg</i>)
Lüneburg	Oberkirch (<i>Baden</i>)	Salzgitter-Watenstedt	Weil (<i>Rhein</i>)
Maikammer	Oesede (<i>Bezirk Osnabrück</i>)	Schüttorf (<i>Kreis Bentheim</i>)	Weingarten (<i>Württemberg</i>)
Mainz	Offenbach (<i>Main</i>)	Schwäbisch Gmünd	Weinheim (<i>Bergstraße</i>)
Mannheim mit 11 Zweigstellen	Offenburg (<i>Baden</i>)	Schwelm	Werdohl
Marl (<i>Kreis Recklinghausen</i>)	Olpe	Schwenningen (<i>Neckar</i>)	Wesel
Meinerzhagen	Opladen	Schwetzingen (<i>Baden</i>)	Wesseling (<i>Bezirk Köln</i>)
Menden (<i>Sauerland</i>)	Osnabrück mit 3 Zweigstellen	Sennestadt über Bielefeld	Wickrath (<i>Niers</i>)
Mettmann	Osterode (<i>Harz</i>)	Siegen	Wiesbaden mit 3 Zweigstellen
Minden (<i>Westfalen</i>)	Paderborn	Singen (<i>Hohentwiel</i>)	Wilhelmshaven mit 1 Zweigstelle
Mönchengladbach mit 1 Zweigstelle	Papenburg (<i>Ems</i>)	Soest	Wissen (<i>Sieg</i>)
Moers mit 1 Zweigstelle	Peine	Solingen	Witten mit 1 Zweigstelle
Mosbach (<i>Baden</i>)	Pforzheim	Solingen-Ohligs	Wittlich
Mülheim (<i>Ruhr</i>)	Pirmasens	Solingen-Wald	Wolfenbüttel
München	Ratingen	Speyer	Wolfsburg mit 1 Zweigstelle
mit 13 Zweigstellen	Ravensburg	Sprockhövel (<i>Westfalen</i>)	Worms
Münster (<i>Westfalen</i>) mit 1 Zweigstelle	Redlinghausen	Stolberg (<i>Rheinland</i>)	Würzburg
Neheim-Hüsten	Regensburg	Stuttgart	Wuppertal-Elberfeld mit 2 Zweigstellen und 1 Zahlstelle
Neu Isenburg	Remscheid	Stuttgart-Bad Cannstatt	Wuppertal-Barmen mit 1 Zweigstelle
Neumünster	Remscheid-Lennep	Traben-Trarbach	Wuppertal-Cronenberg
Neunkirchen (<i>Kreis Siegen</i>)	Reutlingen	Triberg (<i>Schwarzwald</i>)	Wuppertal-Ronsdorf
Neuß mit 1 Zweigstelle	Rheinberg (<i>Rheinland</i>)	Trier	Wuppertal-Vohwinkel
Neustadt (<i>Weinstraße</i>)	Rheine (<i>Westfalen</i>)	Tübingen	Wyler (<i>Kreis Kleve</i>)
Neuwied	Rheinfelden (<i>Baden</i>)	Ulm (<i>Donau</i>)	Zell (<i>Mosel</i>)
Niederlahnstein	Rheinhausen	Unna	Zweibrücken
	Rheydt	Velbert (<i>Rheinland</i>)	
	mit 1 Zweigstelle	Verden (<i>Aller</i>)	
	Rodenkirchen	Viersen	
	(<i>Bezirk Köln</i>)	Villingen (<i>Schwarzwald</i>)	

Bankhaus WILH. AHLMANN, Kiel · 4 Zweigstellen

Bankhaus J. WICHELHAUS P. SOHN A.-G., Wuppertal-Elberfeld

GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG M. B. H., Teilzahlungsbank

Niederlassungen: Wuppertal-Elberfeld, Berlin, Hamburg, Ulm

SAARLANDISCHE KREDITBANK AKTIENGESELLSCHAFT, Saarbrücken · 4 Zweigstellen

Niederlassungen im Saarland:

Dillingen, Homburg, Merzig, Neunkirchen, Saarlouis, St. Ingbert

VERTRETUNGEN IM AUSLAND:

<i>Argentinien:</i>	Buenos Aires
<i>Brasilien:</i>	São Paulo und Rio de Janeiro
<i>Chile:</i>	Santiago
<i>Kolumbien:</i>	Bogota
<i>Mexiko:</i>	Mexiko I, D. F.
<i>Nah- und Mittelost:</i>	Kairo (VAR)
<i>Türkei:</i>	Istanbul-Beyoğlu
<i>Venezuela:</i>	Caracas

